

Kenia: Wahlen und die Eskalation der Gewalt

Harneit-Sievers, Axel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Harneit-Sievers, A. (2008). *Kenia: Wahlen und die Eskalation der Gewalt*. (GIGA Focus Afrika, 1). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Afrika-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-275076>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Kenia: Wahlen und die Eskalation der Gewalt

Axel Harneit-Sievers

Am Wochenende des 26./27. Januar 2008 wurden in Nakuru und Naivasha im kenianischen Rift Valley erneut etwa 90 Menschen bei Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen getötet. Die Zahl der Gewaltopfer seit den Wahlen Ende Dezember 2007 wird inzwischen auf etwa 800 geschätzt; rund 250.000 Menschen sollen auf der Flucht sein.

Analyse:

Die kenianischen Präsidentschaftswahlen vom 27. Dezember 2007 scheiterten – bei vermutlich sehr knappem Wahlergebnis – an weit reichenden Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung. Die Legitimität der Regierung von Präsident Mwai Kibaki ist ebenso fragwürdig wie die Behauptung des Herausforderers Raila Odinga, der tatsächliche Wahlsieger zu sein.

- Eine erneute Auszählung der Wahlergebnisse verspricht angesichts des Vertrauensverlustes in die Institutionen des Landes wenig Erfolg.
- Auch eine Wiederholung der Wahlen ist unter den gegenwärtigen Bedingungen unrealistisch.
- Das umstrittene Wahlergebnis ist nur der Auslöser für die Eskalation der Gewalt. Diese resultiert vielmehr aus tief greifenden sozialen, politischen und ethnischen Disparitäten.
- Ethnizität wurde von politischen Akteuren instrumentalisiert, doch hat die ethnische Polarisierung inzwischen Eigendynamik entwickelt.
- Eine politisch vermittelte Übergangslösung mit einer Machtteilung könnte die gewaltsam ausgetragenen Konflikte deeskalieren und elementare Voraussetzungen schaffen, um die Grundprobleme des Landes anzugehen: soziale und regionale Disparitäten, politische Ungleichgewichte, Landlosigkeit, Korruption und eine überfällige Verfassungsreform.

Schlagwörter: Kenia, Wahlen, ethnische Konflikte, Ethnizität, soziale Ungleichheit

1. Einleitung

Die Explosion von Gewalt, die Kenia seit den gescheiterten Präsidentschaftswahlen am 27.12.2007 erlebte, ist nicht beendet. Die Opposition um Raila Odinga (*Orange Democratic Movement* – ODM) beschuldigt die Regierung um Präsident Mwai Kibaki (*Party of National Unity* – PNU), das Wahlergebnis gefälscht zu haben und sich rücksichtslos gegen die Mehrheit der kenianischen Bevölkerung durchsetzen zu wollen. Umgekehrt beschuldigt die Regierung die Opposition, für „ethnische Säuberungen“ vor allem im Rift Valley verantwortlich zu sein, die sich gegen Anhänger der Regierung richten. Inzwischen führen ethnische Milizen und Banden beider Seiten im zentralen Rift Valley regelrecht Krieg gegeneinander.

Die dramatischen humanitären und wirtschaftlichen Folgen der schweren Unruhen in Kenia haben Rückwirkungen auf die gesamte Region. Die am 23.1.2008 begonnene internationale Vermittlungsinitiative unter Federführung Kofi Annans versucht, den Konflikt zu entschärfen und eine politische Übergangslösung zur Stabilisierung Kenias zu finden. Dies würde zumindest Voraussetzungen dafür schaffen, grundlegende Probleme Kenias politisch zu bearbeiten.

2. Wahlkrise

Die meisten Beobachter sahen den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Kenia am 27.12.2007 recht gelassen entgegen. Sie waren überzeugt, Kenias Demokratie sei seit Ablösung der Autokratie Daniel arap Moi im Jahr 2002 „erwachsen“ geworden. Der Wahltag selbst verlief trotz einiger Verzögerungen und technischer Probleme friedlich und mit breiter Beteiligung der Bevölkerung. Das offizielle Endergebnis der *Electoral Commission of Kenya* (ECK) weist eine für kenianische Verhältnisse sehr hohe Wahlbeteiligung von rund 70 % aus.

2.1. Stimmenauszählung

Die Auszählung der Stimmen ging ebenfalls zunächst gut voran. Bereits am Abend des 28.12.2007 stand fest, dass zahlreiche Mitglieder des Kabinetts von Präsident Kibaki, einschließlich des Vizepräsidenten, ihre Parlamentsmandate verloren hatten. Offenkundig wurden korruptionsbelastete Minister durch den Wähler gerade auch in PNU-Hochburgen abgestraft. Die bis zu diesem Zeitpunkt vorliegenden

Ergebnisse schienen auf einen Sieg Odingas hinzuweisen.

Am 29.12.2007 trafen mehr Ergebnisse aus PNU-Hochburgen ein, die den Vorsprung Odingas verringerten. Zugleich wurden immer mehr Unregelmäßigkeiten bei der Übermittlung und Auszählung der Daten deutlich. Odinga forderte Kibaki öffentlich zum Eingeständnis seiner Wahlniederlage auf, und erste Demonstrationen fanden statt, so in Mombasa. Die ECK wurde von allen Seiten unter Druck gesetzt, abschließende Ergebnisse zu veröffentlichen. Zugleich prangerte der ECK-Vorsitzende Samuel Kiivitu selbst die „unverständlichen“ Verzögerungen beim Eingang einiger Wahlkreisergebnisse öffentlich an. Unabhängige kenianische Wahlbeobachter beschrieben die Situation im ECK-Hauptquartier zu diesem Zeitpunkt schon als chaotisch.¹

Im Verlauf des 30.12.2007 wurden Anschuldigungen, es finde eine systematische Fälschung der Ergebnisse zugunsten Kibakis statt, immer lauter. Was genau im letzten Stadium des Auszählungsprozesses bei der ECK geschah, ist bisher nicht dokumentiert. Nach Räumung des Konferenzentrums von Beobachtern und Parteivertretern durch Sicherheitskräfte verkündete ECK-Vorsitzender Kiivitu vor ausgewählten Medien gegen 17.30 Uhr das offizielle Endergebnis. Danach hatte Kibaki mit 4,58 Millionen Stimmen die Präsidentschaftswahl knapp gegen Odinga gewonnen, der 4,35 Millionen Stimmen erhielt; Kalonzo Musyoka (ODM-Kenya) erhielt 0,88 Millionen Stimmen.

Eine Stunde später wurde Kibaki für seine zweite Amtszeit vereidigt und die Regierung verhängte ein Verbot von Live-Berichterstattung in den Medien. Odinga bezeichnete diesen Verlauf der Ereignisse als „zivilen Putsch“. Unmittelbar darauf geriet Kenia in Brand – in die schwerste Krise seiner Geschichte, deren Ursachen und Auswirkungen weit über ein zutiefst kontroverses Wahlergebnis hinausreichen.

2.2. Strittiges Wahlergebnis

Das von der ECK veröffentlichte Ergebnis der Präsidentschaftswahlen besaß von Anfang an geringe Glaubwürdigkeit. Für Anhänger Odingas hatte Kibaki die Wahlen ganz offenkundig „gestohlen“. Auch unabhängige Beobachter waren fast einhellig der Überzeugung, dass schwerwiegende Unregelmäßigkeiten die Validität der Endergebnisse grundlegend in Frage stellen. Die Beobachtermission der Europä-

¹ Vgl. Kenyans for Peace with Truth and Justice (KPTJ): Kenyan Elections Observers' Log; December 29-30, 2007, www.pambazuka.org/actionalerts/images/uploads/KPTJelectionobs.pdf.

ischen Union, die zahlreiche Beobachter und eine substanzielle Medienpräsenz hatte, erwies sich als meinungsbildend, weil sie noch während der Auszählung auf markante Ungereimtheiten einzelner Wahlkreisergebnisse hinwies.

In einem Fernsehinterview am 1.1.2008 beantwortete der ECK-Vorsitzende Kivuitu die Frage, ob Kibaki die Wahlen auf faire Weise gewonnen habe, mit der Feststellung, er wisse es selbst nicht. Weit verbreitet war die These, die Wahlergebnisse aus den Hochburgen von Kibakis PNU in Zentralkenia seien zunächst zurückgehalten worden, um sie den aus ODM-Hochburgen bereits eingetroffenen Ergebnissen „anzupassen“ und so den Sieg Kibakis sicherzustellen.

Schon im Wahlkampf hatte Odinga immer wieder behauptet, eine Niederlage der ODM sei ausgeschlossen, doch es drohe Wahlfälschung durch die Regierung. Kritik richtete sich unter anderem gegen die Ernennung einiger neuer ECK-Mitglieder durch den Präsidenten in einem Verfahren, das gegen die Regeln eines bereits vor Jahren unter den politischen Parteien Kenias vereinbarten Abkommens verstieß. Odingas Optimismus über seinen anstehenden Wahlsieg konnte sich vor allem auf Meinungsumfragen berufen, die in der zweiten Jahreshälfte 2007 in der kenianischen Öffentlichkeit heftig diskutiert wurden.

Noch Mitte 2007 hatten alle Umfragen Kibaki klar vorn gesehen. Doch nachdem Odinga sich als ODM-Kandidat durchgesetzt hatte und seine sehr professionell organisierte Kampagne im Herbst angelaufen war, sahen die Umfrageergebnisse ihn gegenüber Kibaki phasenweise sehr deutlich (im September bis zu 9 %) im Vorsprung, vor allem bei jungen Leuten und ärmeren Bevölkerungsgruppen, die von der positiven Wirtschaftsentwicklung Kenias in den letzten Jahren kaum oder gar nicht profitiert hatten und auf einen von Odinga verkörperten „Wandel“ hofften.

Später hingegen schmolz Odingas Vorsprung wieder dahin. Dies war vielleicht auch ein Ergebnis der (gerade bei der ODM) chaotischen Vorwahlen zur Kandidatenauswahl, doch vor allem wohl der durch die ODM initiierten Diskussion zu *majimbo* (Dezentralisierung oder Föderalismus), die die ethnische Polarisierung zuspitzte und damit heftige Ängste weckte. Die letzten Umfrageergebnisse vor der Wahl ließen ein äußerst knappes Ergebnis erwarten, denn der Vorsprung Odingas war unter die Grenze der Irrtumswahrscheinlichkeit gefallen.

Mit seinem trotz aller wechselhaften Umfrageergebnisse unbeirrbaren Optimismus bezüglich eines Wahlsiegs weckte Odinga unter seinen Anhängern

enorme Erwartungen. Diese schienen im Verlauf der Stimmenauszählung zunächst bestätigt zu werden. Die laufende Addition der Ergebnisse aus einzelnen Wahlkreisen durch die elektronischen Medien ließ Odingas Vorsprung am 28.12.2007 phasenweise auf viele hunderttausend Stimmen ansteigen. Das Abschmelzen dieses Vorsprungs am Folgetag, als mehr Ergebnisse aus Kibakis Hochburgen eintrafen, weckte nicht nur bei ODM-Anhängern den Eindruck, die Auswirkungen einer groß angelegten Wahlfälschung zugunsten Kibakis gleichsam live im Fernsehen mitverfolgen zu können.

Eine nüchterne, sehr vorläufige Analyse bisher vorliegender Berichte zu Unregelmäßigkeiten während der Auszählung und des offiziellen Ergebnisses selbst muss konstatieren, dass

- das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen offenkundig sehr knapp war,
- es dabei zahlreiche Unregelmäßigkeiten und Unklarheiten bei Datenübermittlung und Auszählung gab und
- die in den offiziellen Ergebnissen oft unglaublich hohen Angaben zur Wahlbeteiligung (über 80 %) in Hochburgen von PNU und ODM darauf hindeuten, dass beide Seiten die Ergebnisse gefälscht haben.

Nach wie vor geht wohl die Mehrheit unabhängiger Beobachter davon aus, dass Odinga die Wahlen (knapp) gewonnen habe, am Ende jedoch um den Sieg betrogen worden sei. Allerdings liegt selbst einen Monat nach dem Wahltag überraschend wenig Material vor, das dies überzeugend belegt.² Das Ausmaß der Unregelmäßigkeiten und die Knappheit des Ergebnisses erschweren klarere Aussagen.

Angesichts dieser Situation läge eine Neuauszählung oder die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission nahe. Entsprechende Vorschläge wurden von vielen Seiten gemacht und es bleibt zu hoffen, dass zumindest ein Versuch unternommen werden wird, hier zur Aufklärung beizutragen – und sei es vor allem, um aus den Erfahrungen für zukünftige Wahlen zu lernen. Indessen lehnt selbst die ODM dies (ebenso wie eine Überprüfung von Wahlergebnissen vor Gericht, wie von der Regierung vorgeschlagen) als Mittel zur Lösung der akuten Krise ab, da die Partei kein Vertrauen in die bestehenden Institutionen Kenias mehr habe.

² Die ODM veröffentlichte am 20.1.2008 die dreiseitige Anzeige „How the rigging was done“ in nationalen Tageszeitungen. Vgl. auch David Ndii: Preliminary findings ..., Kenyans for Peace through Truth and Justice, Pressekonferenz, Nairobi, 18.1.2008, sowie die quantitative Abschätzung der Manipulationen durch David Throup, vgl. Police battle protesters in Kenya after disputed election, 16.1.2008, www.mcclatchydc.com/homepage/story/24891.html.

Wenn die internationale Gemeinschaft das Wahlergebnis für nicht zu klären und damit die Wahlen für gescheitert hält, bleibt dies zwar unbefriedigend – aber es ist ebenso konsequent. Ein Drängen auf eine politische Kompromisslösung mit Elementen von Machtteilung würde zumindest kurzfristig der tief greifenden Spaltung der kenianischen Gesellschaft entgegenarbeiten. Diese Spaltung bleibt das bisher einzige unstrittige Ergebnis der kenianischen Präsidentschaftswahlen 2007.

2.3. Neues Parlament

Die verbreitete Wahrnehmung Odingas als wahrer Gewinner der Präsidentschaftswahlen wurde nicht zuletzt durch den Erfolg der ODM in den Parlamentswahlen gestützt, deren Ergebnisse im Wesentlichen unstrittig sind, obwohl noch einige Anfechtungsklagen laufen. Die ODM wurde mit 99 Sitzen zur bei weitem stärksten Fraktion im Parlament. Kibakis PNU erhielt demgegenüber nur 43, Musyokas ODM-Kenya 16 und Uhuru Kenyattas *Kenya African National Union* (KANU) 14 Sitze. 35 Sitze entfielen auf kleinere Parteien. Weitere drei Mandate sind zurzeit noch unbesetzt, da in den entsprechenden Wahlkreisen noch Nachwahlen stattfinden müssen. Zwölf weitere Mitglieder des Parlaments werden von den Parteien, dem jeweiligen Stimmenanteil entsprechend, später ernannt.

Die Stärke der ODM im Parlament sollte indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Partei auch zusammen mit der mit ihr verbündeten *National Rainbow Coalition* (NARC, drei Mandate) keine Mehrheit besitzt. Umgekehrt repräsentiert die relativ geringe Zahl der Sitze der PNU nicht deren reale parlamentarische Macht. Schon vor der Wahl hatten die KANU und mehrere kleinere Parteien die Unterstützung Kibakis und ein parlamentarisches Bündnis mit der PNU angekündigt; darüber hinaus holte Kibaki nach den Wahlen die ODM-Kenya ins Boot und machte Musyoka zum Vizepräsidenten. Als das Parlament am 15.1.2008 erstmals zur Wahl des Parlamentssprechers zusammentrat, zeigte sich, dass fast alle kleinen Parteien mit der PNU stimmten.

Am Ende gewann die Opposition die Abstimmung für das Amt des Parlamentssprechers – wenn auch nur knapp im dritten Wahlgang – mit 105 zu 101 Stimmen. Dies war für sie ein wichtiger symbolischer Erfolg. Doch bleibt zweifelhaft, ob es der ODM und ihren Partnern gelingen wird, dauerhaft eine parlamentarische Mehrheit gegen Kibaki aufrechtzuerhalten. Im politischen Alltagsgeschäft Kenias hat die Übernahme von Parlamentariern der

Opposition durch attraktive Angebote der Regierungsseite Tradition, selbst wenn eine kurz vor dem Inkrafttreten stehende neue Parteiengesetzgebung dies zukünftig schwieriger gestalten soll. Falls das Parlament dem Präsidenten dennoch das Leben wirklich schwer machen sollte, könnte Kibaki es auflösen oder bis zu einem Jahr Parlamentsitzungen aussetzen, ohne gültige Verfassungsregelungen zu verletzen.

Die politische Kultur Kenias und seines Parteiensystems ist geprägt durch „big men“ (und einige „big women“), die lokale, regionale und ethnische Loyalitäten bündeln, sie in die Arena der nationalen Politik einbringen, und im Gegenzug – so jedenfalls die Erwartung der Wählerinnen und Wähler – politisch vermittelte Ressourcen für die Herkunftsregion mobilisieren. Die Affinität solcher Lokalmatadore zu spezifischen Parteien ist gering. Parteienwechsel und das Eingehen bisweilen überraschender Koalitionen sind seit langem gang und gäbe. Hierbei ist die Regierungsseite aufgrund der von ihr kontrollierten Ressourcen grundsätzlich im Vorteil. Auch die ODM ist primär ein Bündnis politischer Matadore mit lokaler und ethnischer Machtbasis, dessen längerfristiger Zusammenhalt alles andere als gewiss ist.

Inmitten der durch die Präsidentschaftswahlen hervorgerufenen Krise im Land sollte nicht übersehen werden, dass der Ausgang der Parlamentswahlen auch einen kleinen Erfolg für die Demokratie in Kenia bedeutet. Eine ganze Phalanx von Parlamentariern aller Parteien – darunter viele der in Korruptionsskandalen verwickelten Minister aus Kibakis Kabinett – verlor ihre Mandate. In mehreren Fällen mussten sie sie an Gegner aus kleinen Parteien abgeben, die in den internen Vorwahlen von ODM und PNU unterlegen gewesen waren. Die Mehrheit der Parlamentarier sind neu im parlamentarischen Geschäft überhaupt, und dies könnte in der gegenwärtigen Krise eine Chance bedeuten.

3. Eskalation der Gewalt als Ausdruck der Krisensituation

Der massive Ausbruch von Gewalt in Kenia ist nicht allein durch das umstrittene Wahlergebnis zu erklären. Dieses bildete nur den Auslöser für das Aufbrechen weiter reichender Spannungen, die aus sozialen, politischen und ethnischen Disparitäten in Kenia herrührten und von politischen Akteuren instrumentalisiert wurden. Allerdings haben die Eskalation der Gewalt und die ethnische Polarisierung inzwischen eine Eigendynamik entwickelt, die politisch immer schwerer einzugrenzen erscheint.

3.1. Regionale und ethnische Disparitäten

Wie fast alle afrikanischen Staaten ist Kenia ein Produkt des europäischen Kolonialismus, der vormals unabhängige und durchaus heterogene Regionen und Bevölkerungsgruppen in einem Territorialstaat zusammenfügte, sie jedoch nur teilweise integrierte und dadurch ihre Heterogenität oft verstärkte. Herzstück des britischen Kolonialismus in Kenia war das zentrale Hochland um Nairobi und den Mount Kenya. Die Kikuyu-Bevölkerung dieser dicht besiedelten Region, die heute mit rund 22 % der Gesamtbevölkerung die größte von rund 40 ethnischen Gruppen Kenias darstellt, verlor ausgedehnte Teile ihres Landes an britische Siedler. Die meisten anderen Regionen des Landes waren weit weniger direkt von britischer Landnahme betroffen, hatten hingegen auch an der damit einhergehenden wirtschaftlichen Entwicklung und Modernisierung geringeren Anteil. Der Mau-Mau-Krieg in den 1950er Jahren war ein Aufstand landloser Kikuyu gegen britische Siedler, indessen ebenso gegen landbesitzende „Loyalisten“ unter den Kikuyu selbst, die mit der Kolonialverwaltung kollaborierten.

Der unabhängige kenianische Staat kaufte mit Hilfe ausländischer Kredite große Flächen des britischen Siedlungslandes zurück, um es an afrikanische Bauern umzuverteilen. Dabei eignete sich die neue Elite Kenias erheblichen Grundbesitz an. Doch wurden zugleich Kleinbauern (vor allem Kikuyu, aber auch Mitglieder anderer Gruppen aus Westkenia, z. B. Luhya) auf ehemaligen Siedlerfarmen und in weniger dicht besiedelten Zonen des Rift Valley angesiedelt, in denen Kalenjin lebten, viele von ihnen Pastoralisten.

Ein jahrzehntelanges Gefühl der Benachteiligung der lokalen Bevölkerung gegenüber diesen Neusiedlern, verbunden mit wachsender Landknappheit unter den Kalenjin selbst, bildet den Hintergrund des Gewaltausbruchs im Rift Valley, der inzwischen mehrere hundert Tote forderte. Rund 80 % der etwa 250.000 Binnenflüchtlinge in Kenia seit Ende Dezember 2007 stammen aus dieser Region.

Politik und Wirtschaftsstruktur des unabhängigen Kenia hatten von Anfang an eine ausgeprägte ethnische Dimension. Aufgrund ihrer Bevölkerungszahl, ihrer Nähe zum wirtschaftlichen und politischen Zentrum sowie ihrer Rolle im Unabhängigkeitskampf konnten Kikuyu strategische Positionen in der Politik besetzen, die sie nutzten, um ihre ökonomische Position auszubauen. Es entstand eine Kikuyu-Geschäftselite, deren Einfluss in der Regierung Kibaki heute stark ist; zugleich waren Kikuyu-Unternehmer in anderen Landesteilen in kleinen

und mittleren Unternehmen (Handel, Transportsektor etc.) erfolgreich, teils sogar in Konkurrenz zu Unternehmern südasiatischer Herkunft. Aufgrund vergleichsweise guter Ausbildung spielen Kikuyu auch als Beamte des unabhängigen Staates eine wichtige Rolle.

Auf politischer Ebene war die Konkurrenz zwischen Kikuyu und Luo, der drittgrößten ethnischen Gruppe des Landes mit Siedlungsgebiet in der Provinz Nyanza in Westkenia, bereits in den 1960er Jahren prägend. Oginga Odinga, der Vater des gegenwärtigen ODM-Führers, war damals der wichtigste sozialistisch orientierte Herausforderer Jomo Kenyattas, des ersten Präsidenten Kenias. Der Mord an dem Luo-Gewerkschaftsführer Tom Mboya 1969 (durch einen Kikuyu) verschärfte das Misstrauen gegenüber den Kikuyu. Die Luo-Region – ein relativ armer Landesteil, jedoch mit vergleichsweise hohem Bildungsniveau – sieht sich seit der Unabhängigkeit durch die Regierungen in Nairobi systematisch benachteiligt. Aber die Kikuyu-Region sah sich gleichfalls in den langen Jahren der Herrschaft von Daniel arap Moi zwischen 1978 und 2002 marginalisiert.

Vor dem Hintergrund der Konkurrenz zwischen Kikuyu und Luo in den 1960er Jahren bedeutete die Unterstützung Raila Odingas für Kibaki 2002, die Letzterem den Wahlsieg und die Ablösung Moisis ermöglichte, einen unerhörten historischen Kompromiss. Dessen zweites Element – die Machtteilung im Rahmen einer Verfassungsreform, mit Odinga als Premierminister – erfüllte Kibaki allerdings nicht. Auch dies erklärt die Härte der derzeitigen Auseinandersetzungen, den tiefen Argwohn zwischen den beiden politischen Führern und die Zuspitzung des ethnischen Gegensatzes zwischen Luo und Kikuyu.

Inbesondere die Kikuyu-Geschäftselite misstraut Odinga, dessen Populismus und Antikorruptionsrhetorik sie als direkten Angriff auf ihre Position wahrnimmt, zutiefst. Sie unterstützt bislang die weitgehend kompromisslose Haltung des Präsidenten, selbst wenn diese aufgrund weit reichender ökonomischer Schäden ihre eigenen Geschäftsgrundlagen zu untergraben droht.

Vor dem Hintergrund der Polarisierung zwischen Kikuyu und Luo war der Ausbruch von Unruhen in Kisumu, der Metropole der Luo-Region, am 31.12.2007 wenig überraschend. Er hatte eine unmittelbar politische Dimension in der Empörung wegen eines „Diebstahls“ der Wahl durch „die Kikuyu“. Praktisch richteten sich die Angriffe gegen ortsansässige Kikuyu-Unternehmer sowie Geschäftsleute südasiatischer Herkunft. Die lokale Polizei schritt 24 Stunden lang kaum gegen Plünderungen und Brandstiftungen ein. Die später aus Nairobi eintref-

fenden paramilitärischen Kräfte agierten in Kisumu mit exzessiver Härte und Schusswaffeneinsatz gegen Demonstranten und Plünderer, was viele Tutzend Todesopfer forderte.

Daneben spielen andere regionale Disparitäten in die jetzige Krise hinein. So ist die Küstenregion – obwohl sie das Zentrum des Tourismus ist – die zweitärmste Provinz Kenias geblieben. Hier herrschen zahlreiche Landkonflikte, die unter anderem darauf zurückzuführen sind, dass vorkolonialer Großgrundbesitz einer arabischen Oberschicht bis heute weiterbesteht, teilweise an agroindustrielle Unternehmen verkauft oder verpachtet. Auch hier haben sich zahlreiche Neusiedler aus den dichtbevölkerten Hochlandgebieten, darunter viele Kikuyu, niedergelassen.

Rund die Hälfte der Bevölkerung an der Küste sind Muslime. Sie fühlen sich nicht nur seit langem von Nairobi benachteiligt, sondern waren im Zuge der globalen Sicherheitspolitik der letzten Jahre, die Kenia als Frontstaat im „Krieg gegen den Terror“ betrachtet, einem Generalverdacht und zahlreichen Übergriffen staatlicher Sicherheitsorgane ausgesetzt. Odinga hatte sich im Wahlkampf für die Wahrung der Bürgerrechte der Muslime Kenias stark gemacht, was unter seiner mehrheitlich christlichen Anhängerschaft durchaus umstritten war. In Mombasa und einzelnen anderen Küstenorten kam es bei Protesten gegen den Wahlausgang ebenfalls zu Übergriffen gegen Kikuyu, doch in wesentlich geringerem Maße als in anderen Teilen des Landes.

3.2. Politischer Protest und soziale Polarisierung

Der Wirtschaftsboom, den Kenia in den vergangenen Jahren erlebte, hat die weit verbreitete Armut im Land nur begrenzt verringert und den ohnehin starken Gegensatz zwischen Arm und Reich teilweise noch verschärft. Der neuesten Untersuchung zufolge sank der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung Kenias von 52,3 % (1997) auf 45,9 % (2005/06) und im städtischen Bereich von 49,2 % auf 33,7 %. Die erhebliche soziale Ungleichheit hatte im gleichen Zeitraum in den Städten noch zugenommen (Gini-Index 2005/6: 0,447), war hingegen auf dem Lande gesunken (0,380).³

Zwar hat die Regierung Kibaki seit 2002 weithin anerkannte Erfolge erzielt, wie die Abschaffung der Primarschulgebühren sowie den Wiederaufbau der lange vernachlässigten Infrastruktur und ländlicher

Vermarktungsstrukturen. Doch ihr größtes Versagen – außer der gescheiterten Verfassungsreform – lag im Bereich der Korruptionsbekämpfung. Nach wie vor gilt Kenia als ein Land, das sich gleichsam im Besitz einiger weniger Familien befindet. Neben Kenianern südasiatischer Herkunft sind die meisten von diesen Kikuyu. Sie haben von den Wirtschafts- und Strukturreformen Kibakis (z. B. Privatisierung) enorm profitiert. Odinga – selbst ein durchaus erfolgreicher Unternehmer – hat mit seinem auf „Wandel“ konzentrierten Wahlkampf die Verbitterung über die sozialen Disparitäten Kenias mobilisiert.

Diese soziale Polarisierung Kenias gab der politischen Empörung wegen des Wahlausgangs Auftrieb – und unterminierte ihn zugleich. Fast alle von der ODM organisierten – und von der Regierung pauschal verbotenen – Protestaktionen in Nairobi und anderen Städten endeten nicht nur in Straßenschlachten mit der Polizei, sondern waren von Plünderungen und Brandanschlägen begleitet. Die vom 16. bis 18.1.2008 ausgerufenen „Massenaktionen“ blieben weitgehend erfolglos. Dies ist nicht nur auf das massive gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte zurückzuführen, die vielfach Schusswaffen einsetzten, sondern zugleich auf die Furcht vor Gewaltexzessen, weswegen sehr viele Menschen tagelang ihre Häuser und Wohnungen kaum verließen. Die Grenzen zivilen politischen Aufbegehrens im sozial polarisierten Kenia erweisen sich als sehr eng gesteckt.

Die ODM-Führung tat in den ersten Tagen nach dem 30.12.2007 wenig, um die Ausschreitungen einzudämmen, die für sie ein Mittel waren, um auf die Regierung Druck auszuüben. Seit Beginn der ersten internationalen Vermittlungsversuche (Besuch Bischof Desmond Tutus am 3.1.2008) änderte sie ihre Haltung. Seither wurde die ODM medial vornehmlich als Opfer staatlicher Gewalt wahrgenommen – jedenfalls solange, bis parallel zu Kofi Annans Vermittlungsinitiative die Diskussion um die Mitverantwortung von ODM-Politikern an der Gewalt im Rift Valley internationale Dimensionen annahm.⁴ Falls die Vermittlung scheitert, könnte die ODM jedoch erneut zur Gewaltoption greifen.

3.3. Politisierung von Ethnizität

Die Kombination von politischem Protest und sozialer Polarisierung in Kenia richtet sich hauptsächlich allem gegen die Armen selbst, weil sie von eth-

³ Kenya National Bureau of Statistics: Basic report on well-being in Kenya ... 2005/06, Nairobi, April 2007, S. 43, 83.

⁴ Human Rights Watch: Kenya: Opposition officials helped plan Rift Valley violence, 24.1.2008, http://hrw.org/english/docs/2008/01/23/kenya17859_txt.htm.

nischer Polarisierung überlagert wird. Soweit überhaupt von einem „Aufstand der Armen“ die Rede sein kann, wendet er sich vor allem gegen andere, die ebenso arm sind oder nur marginal mehr besitzen, aber der „falschen“ ethnischen Gruppe angehören. Politische Proteste in den Slums von Nairobi waren von zahllosen Übergriffen gegen Mitglieder anderer ethnischer Gemeinschaften begleitet: Morde, Plünderungen, Vergewaltigungen. Ganze Bezirke innerhalb der Slums wurden nach ethnischen Kriterien getrennt und umverteilt.

Nach ethnischer Zugehörigkeit gebildete Banden und Milizen versuchen nicht erst jetzt, die Macht in den Armenvierteln zu übernehmen, in denen staatliche Sicherheitskräfte nur begrenzte Kontrolle ausüben oder ohnehin unerwünscht sind. Doch hat die gegenwärtige Krise ihre Position enorm gestärkt – auch und gerade die Kikuyu-Miliz der Mungiki, die erst Mitte 2007 durch massive Polizeieinsätze und, nach Angaben von Kenias Menschenrechtskommission, zahlreiche außergerichtliche Hinrichtungen geschwächt worden war. Ethnische Milizen wurden und werden außerdem von politischen Akteuren instrumentalisiert, doch drohen sie sich zu verselbständigen.

Die Hervorhebung und Verstärkung ethnischer Differenzen durch Kenias Politiker ist Bestandteil der nationalen politischen Kultur. Ethnizität ist bereits lange ein zentrales Element der sozialen und politischen Selbst- und Fremdverortung in Kenia. Sie dient der Mobilisierung lokaler und ethnischer Loyalitäten, die Macht und Einfluss politischer Akteure überhaupt erst konstituieren. In friedlicheren Zeiten werden auf dieser Basis Koalitionen geschmiedet; in einer schweren Krise gerät das, was Politiker gern instrumentell einsetzen, außer Kontrolle.

Die Ereignisse im Rift Valley zeigen dies in aller Schärfe. Schon im Umfeld der Wahlen von 1992 war es hier zu Vertreibung und Morden gekommen, die in ihrer Größenordnung mit der jetzigen Krise vergleichbar sind. Dabei ist die Verwicklung von Politikern, die sich mittels Vertreibung Mehrheiten in bestimmten Wahlbezirken sichern wollten, dokumentiert.⁵

Die Angriffe auf Kikuyu und andere Neusiedler im Rift Valley – meist in ländlichen Regionen, jedoch selbst in einer Stadt wie Eldoret – durch Kalenjin-Milizen unmittelbar nach Verkündung des Wahlergebnisses am 30.12.2007 erfolgten offenkundig nicht „spontan“, sondern koordiniert. Inwieweit lokale oder nationale ODM-Strukturen dabei involviert

waren, wird dieser Tage heftig debattiert, insbesondere die Rolle von William Ruto, der Moi als „big man“ der Kalenjin-Politik abgelöst hat und Mitglied des ODM-Führungsteams ist. Die von der ODM im Wahlkampf initiierte *majimbo*-Diskussion hat im Rift Valley (und vielleicht auch an der Küste) die Erwartung geweckt, bei einem Wahlsieg Odingas müssten die Neusiedler die Region verlassen. Viele Kikuyu sind der Auffassung, nach einem Wahlsieg Odingas wäre es gleichfalls zu Angriffen gekommen.

Mittlerweile folgt die Gewalt im Rift Valley allerdings ihrer eigenen Logik. „Ethnische Säuberungen“ durch Kalenjin-Gruppen haben Rachefeldzüge von Kikuyu-Milizen („Mungiki“) nach sich gezogen, so am 26.1.2008 in Nakuru, wo neben Kalenjin auch Luo angegriffen wurden. Dies wiederum droht zu Kämpfen in ethnisch gemischten Nachbarschaften anderer Städte zu führen. Darüber hinaus wurden Bevölkerungsgruppen in Westkenia wie die Luhya und Kisii angegriffen, die nicht als Block für Odinga gestimmt hatten.

Angesichts einer derartigen Eskalation droht das komplexe ethnisch-politische und soziale Gewebe der kenianischen Gesellschaft insgesamt zu zerreißen. Die Ethnisierung der Politik hat in den vergangenen Wochen eine dramatische Polarisierung und Zuspitzung erfahren, die alle Lebensbereiche erfasst. Ethnische Spannungen sind bis in nachbarschaftliche, kollegiale und familiäre Beziehungen hinein zu spüren, wie selbst die schockierte kenianische Mittelschicht feststellen muss.

Medien, Kirchen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen haben auf breiter Front zu Frieden und Verständigung aufgerufen. Sie warnen die führenden Politiker davor, bei der Verfolgung eigener Machtinteressen nicht die Zukunft des Landes aufs Spiel zu setzen. Doch die Spaltung der kenianischen Gesellschaft aufgrund politisierter Ethnizität dürfte die Fähigkeit selbst dieser unabhängigen Kräfte zu gemeinsamem Handeln begrenzen, sobald es um die Aushandlung konkreter Bedingungen für einen Friedensschluss zwischen Kibaki und Odinga geht. Neutralität wird problematisch – selbst die zivilgesellschaftlichen Kräfte Kenias können sich dem rasch zunehmenden Zwang zur ethnopolitischen Verortung schwer entziehen.

⁵ James Thuo Gathii: The forgotten lesson of the Akiwumi report, in: Business Daily, 22.1.2008.

■ Weiterführende Literatur

Jansen, Anne/Christine Hoffendahl (2008): Politisierung von Ethnizität in Kenia, dok-line Afrika. Annotierte Online-Bibliographie, Nr. 1, Hamburg: GIGA, www.giga-hamburg.de/index.php?file=bibliographien.html&folder=bibliothek#af.

■ Der Autor

Dr. habil. Axel Harneit-Sievers, Historiker und Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Afrika und ehemaliger Mitarbeiter des GIGA Instituts für Afrika-Studien, ist Leiter des Regionalbüros Ostafrika & Horn von Afrika der Heinrich Böll Stiftung in Nairobi, Kenia.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Die Projekte „Parteien und Parteiensysteme im anglophonen Afrika“ (Gero Erdmann und Matthias Basedau) sowie „Parteien und Parteiensysteme im frankophonen Afrika“ (Matthias Basedau und Alexander Stroh) werden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert und befassen sich u. a. mit dem Wahlverhalten in Afrika.

Das Projekt „Managing Ethnic Conflict through Institutional Engineering: Ethnic Party Bans in Africa“ (Matthias Basedau und Anika Becher), finanziert von der Fritz-Thyssen-Stiftung, wird als Kooperation des GIGA, der Jacobs University Bremen, der Universität Duisburg-Essen und der TU Darmstadt durchgeführt. Es behandelt Fragen nach dem Umfang, den Ursachen und der Auswirkung sowie der normativen Dimension von Verboten partikularistischer Parteien im subsaharischen Afrika.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Becher, Anika/Matthias Basedau (2008): Promoting Peace and Democracy through Party Regulation? Ethnic Party Bans in Africa, GIGA Working Paper No. 66.

Elischer, Sebastian (2008): Ethnic Coalitions of Convenience and Commitment: Political Parties and Party Systems in Kenya, GIGA Working Paper No. 68 (im Erscheinen).

Erdmann, Gero (2007): Ethnicity and Voter Alignment in Africa – Conceptual and Methodological Problems Revisited, in: Siri Gloppen/Lise Rakner (eds.): Globalisation and Democratisation: Challenges for Political Parties, Bergen, S. 111-134 [weitere Version: GIGA Working Paper No. 63].

Giesbert, Lena (2007): Seeking Opportunities: Migration as an Income Diversification Strategy of Households in Kakamega District in Kenya, GIGA Working Paper No. 58.

Mehler, Andreas (2006): Political Parties and Violence in Africa: Systematic Reflections against Empirical Background, in: Matthias Basedau/Gero Erdmann/Andreas Mehler (eds.): Political Parties and Elections in Sub-Saharan Africa, Uppsala/Scotsville, S. 194-223.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Afrika wird vom Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg